

Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Hochwasser in Stainach-Pürgg

Der Klimawandel wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Zunahme an Extremwetterereignissen und damit zu einer höheren Gefährdung durch Naturkatastrophen führen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind neue Perspektiven auf öffentliche und private Schutzmaßnahmen sowie auf die Risikokommunikation von Hochwassergefahren erforderlich.

Die öffentliche Meinung zum Thema Hochwasser und dahingehende Schutzmaßnahmen wurde in der Gemeinde Stainach-Pürgg im Winter 2019/2020 erhoben. Dieses Factsheet zeigt die Sichtweisen der Bürger/innen von Stainach-Pürgg in ausgewählten Themenbereichen auf. Die Erhebung ist Teil des Projekts *JustFair*, das aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Austrian Climate Research Programme durchgeführt wurde. Mehr Informationen dazu erhalten Sie unter: justfair.joanneum.at/

Details zu Erhebung

Population	Marktgemeinde Stainach-Pürgg
Erhebungsmethode	Postalische Befragung mittels standardisiertem achtseitigen Fragebogen als Postwurfsendung mit frankiertem Rücksendekuvert; zusätzlich identischer Online-Fragebogen.
Erhebungszeitraum	Dezember 2019 bis Februar 2020
Stichprobe	n=89 Haushalte

Sämtliche Angaben der Befragung beruhen auf Selbsteinschätzungen der befragten Haushalte. Diese Befragung wurde in gleicher Form auch in den oberösterreichischen Gemeinden Grünbach, Gutau, Leopoldschlag, Pregarten, Rainbach, Schwertberg und Windhaag sowie den steirischen Gemeinden Irdning-Donnersbachtal, Gröbming, Öblarn und Sölk durchgeführt. Da die Stichproben pro Gemeinde sehr klein sind, sollten die Ergebnisse nur mit Vorsicht interpretiert werden. Bei jeder Abbildung ist die zugrundeliegende Stichprobengröße angeführt. Dieses Factsheet und Factsheets zu weiteren Gemeinden sind abrufbar unter justfair.joanneum.at/factsheets.

Kontaktperson für Rückfragen

Dr. Sebastian Seebauer
sebastian.seebauer@joanneum.at
0316 – 876 7654

Verfasst von

Elena Sessig

Wer hat an der Befragung teilgenommen?

Die folgende Tabelle stellt die Stichprobenzusammensetzung der Befragung in Stainach-Pürgg der Gesamtbevölkerung in der Region gegenüber. Die Stichprobe stimmt in Bezug auf die erhobenen Personen- und Haushaltsmerkmale grundsätzlich mit der Gesamtbevölkerung überein. Männliche Teilnehmer sind in der Stichprobe allerdings überrepräsentiert. Hinsichtlich des Alters finden sich die höchsten Abweichungen zwischen 50 und 79 Jahren. Beim Einkommen bestehen Abweichungen in Richtung der unteren Einkommensbereiche.

	Stichprobe	Gesamtbevölkerung
Geschlecht		
Frauen	44%	47%
Männer	56%	53%
Alterskategorien		
18 – 34 Jahre	19%	22%
35 – 49 Jahre	28%	23%
50 – 64 Jahre	18%	28%
65 – 79 Jahre	30%	20%
Über 80 Jahre	5%	8%
Monatliches Netto-Haushaltseinkommen		
Unter 1.300 Euro	8%	13%
1.301 – 1.900 Euro	24%	13%
1.901 – 3.000 Euro	49%	26%
3.001 – 4.700 Euro	23%	28%
4.701 – 6.500 Euro	2%	13%
Über 6.500 Euro	5%	8%
Wohndauer in Stainach-Pürgg		
Unter 25 Jahre	32%	n. v.
Über 25 Jahre	68%	n. v.
Risikozone (gelb, rot-gelb, rot, HQ30, HQ100, HQ300)		
Ja	18%	n. v.
Nein	65%	n. v.
Weiß nicht	17%	n. v.
Hochwassererfahrung		
Ja, hat mindestens ein Hochwasser erlebt	14%	n. v.
Nein, hat noch kein Hochwasser erlebt	86%	n. v.

Geschlecht & Altersverteilung (Referenz: Gemeinde): STATISTIK AUSTRIA (2019).

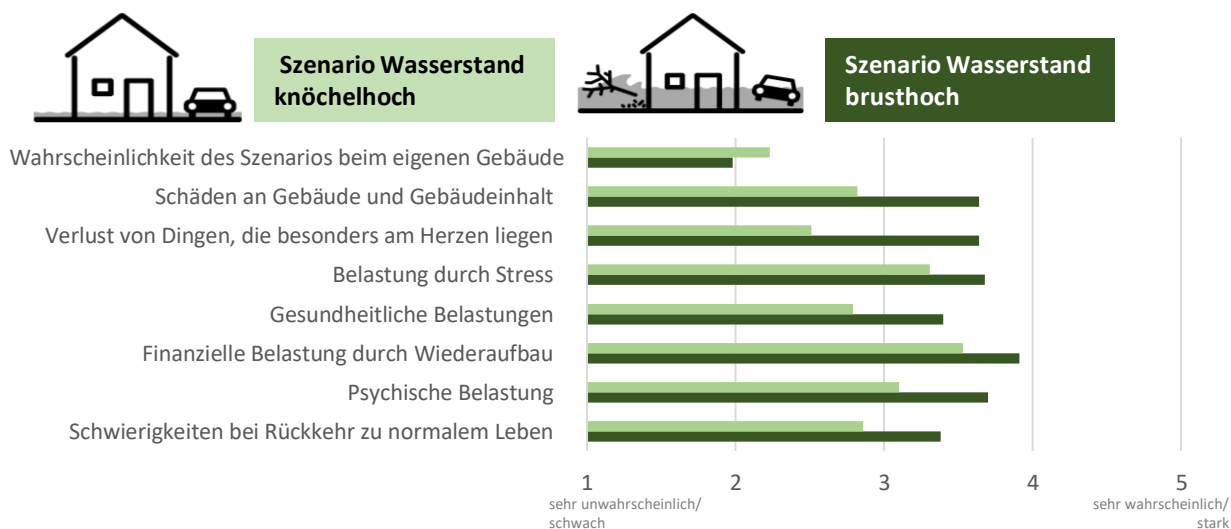
Einkommen (Referenz: Region): STATISTIK AUSTRIA (2018).

Anmerkung: Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungsdifferenzen möglich

Wie wird das Risiko eines Hochwassers wahrgenommen?

Die Risikowahrnehmung umfasst zwei Aspekte: Zum einen die subjektive Wahrscheinlichkeit eines Hochwassers und zum anderen die erwarteten Auswirkungen. In der Befragung wurde die Risikowahrnehmung zu zwei Szenarien erfragt (siehe Abbildung). Beide Szenarien werden als relativ unwahrscheinlich angesehen, jedoch nehmen die Befragten das Szenario, in welchem das Wasser im Haus knöchelhoch steht, als wahrscheinlicher wahr, als das Szenario, in dem das Wasser brusthoch steht. Darüber hinaus werden die Auswirkungen des zweiten Szenarios als schwerwiegender wahrgenommen als die Auswirkungen des ersten. Dabei werden psychologische und soziale Auswirkungen als ebenso wichtig erachtet wie physische und finanzielle Auswirkungen.

Das Szenario bei knöchelhohem Wasserstand wird als wahrscheinlicher und die Schäden am Gebäude als stärker wahrgenommen, wenn der Haushalt bereits ein Hochwasser erlebt hat oder in einer Risikozone liegt. Auch die Wahrscheinlichkeit des Szenarios bei brusthohem Wasserstand wird als wahrscheinlicher und Schäden am Gebäude als stärker bewertet von Haushalten in Risikozonen, als von jenen außerhalb von Risikozonen. Befragte, die bereits ein Hochwasser erlebt haben, nehmen Schäden am Gebäude, den Verlust von Dingen, die Belastung durch Stress und die gesundheitlichen Belastungen stärker wahr. Die Wohndauer sowie das Einkommen sind in beiden Szenarien nicht von Bedeutung.



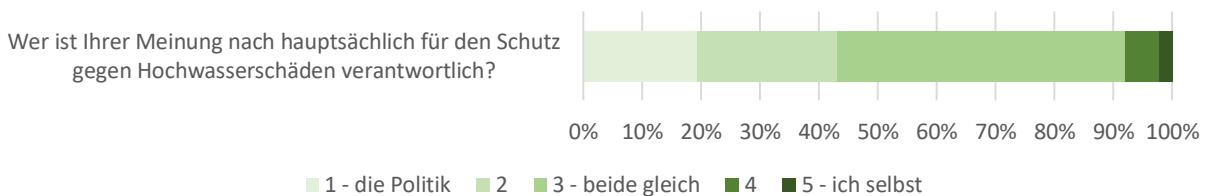
n=80-87; Mittelwerte

- Schäden an Gebäude und Gebäudeinhalt: z.B. Mauerwerk, Parkettböden, Türstöcke, Möbel, ...
- Verlust von Dingen, die besonders am Herzen liegen: z.B. unersetzbare Erinnerungsstücke, Fotos, ...
- Belastung durch Stress: z.B. Gegenstände in Sicherheit bringen, behelfsmäßige Wohnsituation, ...
- Gesundheitliche Belastungen: z.B. Erschöpfung, Verletzungen, Krankheit, ...
- Finanzielle Belastung durch Wiederaufbau: z.B. Verbrauch von Ersparnissen, Aufnahme eines Kredits, ...
- Psychische Belastung: z.B. Schlafschwierigkeiten, Hilflosigkeit, wiederkehrende Erinnerungen, ...
- Schwierigkeiten bei der Rückkehr zu normalem Leben: z.B. langwierige Reparaturen, bürokratischer Aufwand, Verzicht auf Urlaub und Freizeit, ...

Wem wird die Verantwortung zugeschrieben?

Die Frage nach der Verantwortung für den Schutz gegen Hochwasserschäden zeichnet eine Tendenz in Richtung Politik. Zwar vertreten knapp 49% der Befragten die Meinung, dass der Hochwasserschutz sowohl unter ihre Verantwortung, als auch jene der Politik fällt, gut 43% der Befragten sehen jedoch die Verantwortung vorrangig bei der Politik.

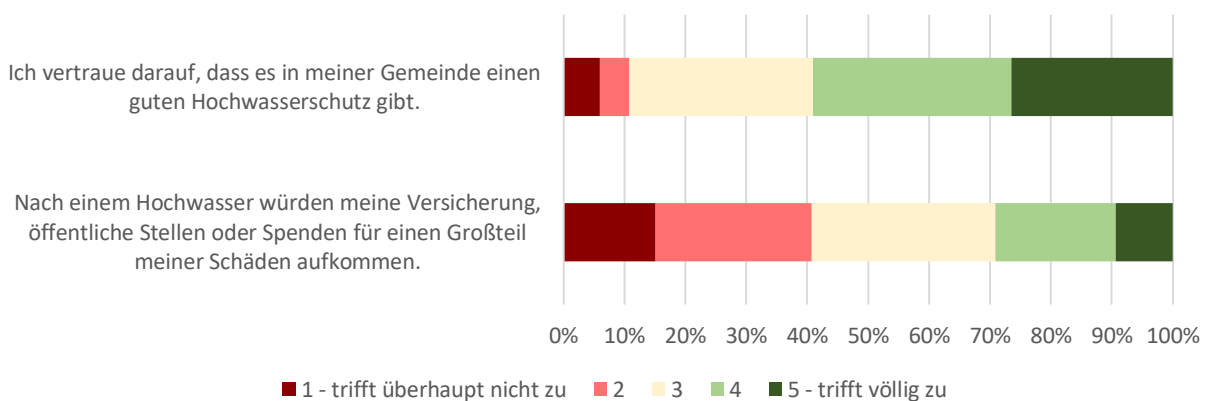
Wem die Verantwortung zugeschrieben wird, ist unabhängig von der Hochwassererfahrung, der Wohndauer und dem Einkommen. In Haushalten, die in einer Risikozone liegen, wird die Verantwortung eher in den Händen der Politik gesehen, als in jenen, die außerhalb von einer Risikozone liegen.



n=88

Das Vertrauen auf öffentliche Schutzmaßnahmen sowie die finanzielle Kompensation von Hochwasserschäden kann sich auf die privaten Schutzbemühungen auswirken. 59% der Befragten vertrauen auf den öffentlichen Hochwasserschutz, während nur etwa 29% der Befragten der Ansicht sind, dass im Falle eines Hochwassers ihre Schäden aus verschiedenen Finanzierungsquellen abgedeckt würden.

Das Vertrauen auf den öffentlichen Hochwasserschutz und die finanzielle Kompensation sind unabhängig von der Hochwassererfahrung, der Wohndauer, dem Einkommen und der Risikozone.



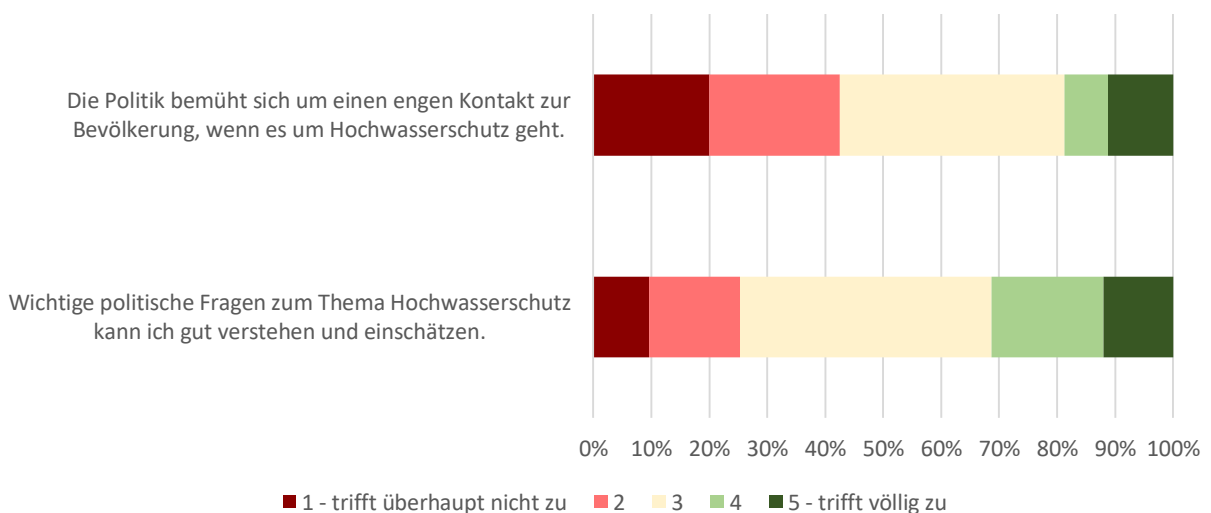
n=83-86

Wie ist das Verhältnis zwischen Politik und Bürger/innen zum Thema Hochwasserschutz?

Das Verhältnis zwischen Politik und Bevölkerung spiegelt sich im Verständnis der Bürger/innen für politische Fragen und im wahrgenommenen Engagement der Politik wider. Bürger/innen in das Risikomanagement einzubeziehen kann politische Entscheidungen verbessern und den öffentlichen Hochwasserschutz stärken.

Dass die Politik sich um einen engen Kontakt mit der Bevölkerung zum Thema Hochwasserschutz bemüht, bewerten knapp 19% der Befragten als zutreffend. Gut 31% geben an, wichtige politische Fragen zum Thema Hochwasserschutz gut verstehen und einschätzen zu können.

Das wahrgenommene Engagement der Politik für einen engen Kontakt zur Bevölkerung ist höher in Haushalten, die noch kein Hochwasser erlebt haben. Die Wohndauer, das Einkommen und die Risikozone sind hier nicht von Bedeutung.



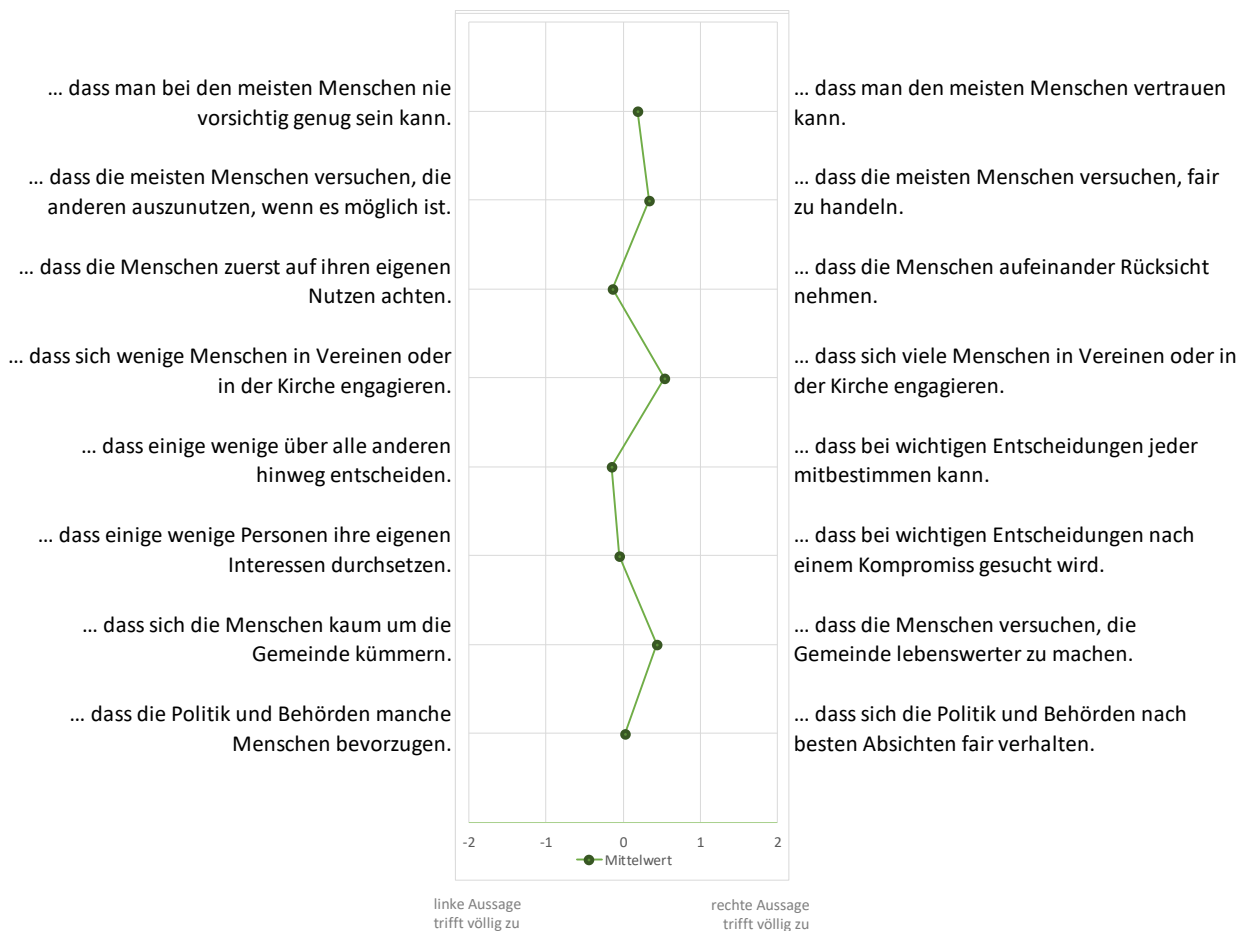
n=80-83

Wie wird die Gemeinschaft wahrgenommen?

Bei den folgenden Fragen geht es um das sogenannte soziale Kapital. Als soziales Kapital werden das Vertrauen und die Unterstützungsstrukturen innerhalb einer Gemeinschaft bezeichnet. Zum einen stellen starke soziale Strukturen innerhalb einer Gemeinschaft einen wichtigen Kommunikationsweg für die Warnung und die Evakuierung dar und unterstützen bei der Bewältigung von Naturkatastrophen. Zum anderen können sie jedoch auch ein falsches Gefühl der Sicherheit vermitteln, das davon abhält private Schutzmaßnahmen umzusetzen. Der Mittelwert aller Antworten liegt hier knapp über dem neutralen Bereich der Antwortskala. Dass sich viele Menschen in Vereinen oder in der Kirche engagieren, wird als am zutreffendsten eingestuft. Die Aussage, dass bei wichtigen Entscheidungen jeder mitbestimmen kann, findet hingegen am wenigsten Zustimmung.

Die Einstellung zur Kompromissbereitschaft bei wichtigen Entscheidungen und zur Fairness der Politik ist positiver bei Haushalten ohne Hochwassererfahrung, als bei jenen, die bereits ein Hochwasser erlebt haben. Die Einstellung zum sozialen Kapital ist unabhängig von Wohndauer, Einkommen und Risikozone.

Ich würde ganz allgemein für meine Gemeinde sagen, ...



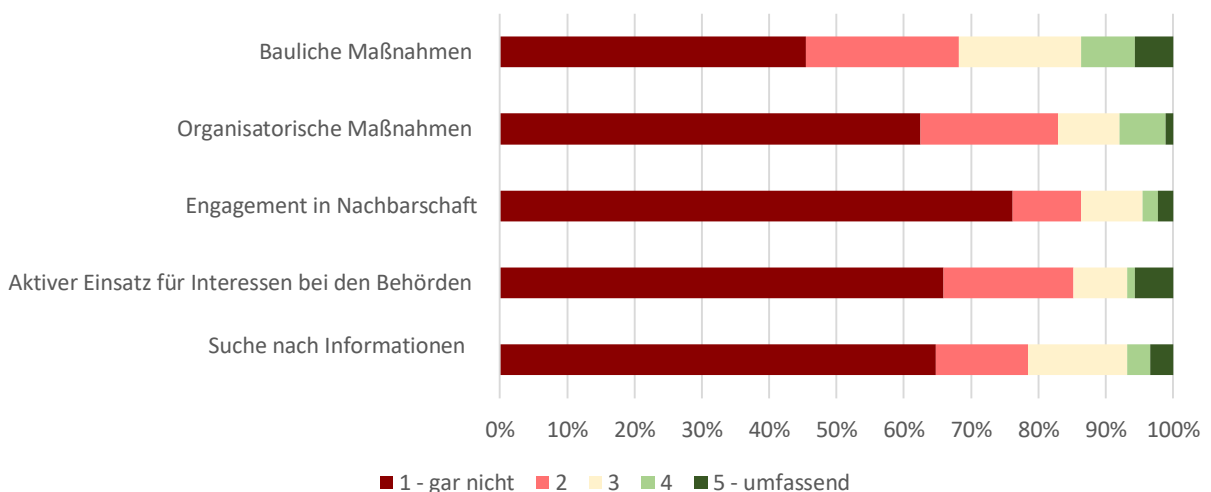
n=83-84

Welche privaten Schutzmaßnahmen werden gesetzt?

Private Schutzmaßnahmen können als ergänzende Maßnahmen zu öffentlichen Schutzmaßnahmen die Gefährdung durch Hochwasser an Wohngebäuden deutlich verringern. 23% der Befragten geben an, mindestens eine der genannten privaten Schutzmaßnahmen umfassend umzusetzen. Zwei oder mehr Schutzmaßnahmen haben aber nur etwa 11% der Befragten umgesetzt. Dabei sind am ehesten bauliche Maßnahmen, wie eine Drainage, wasserdichte Fenster oder wasserbeständiges Mauerwerk, vorhanden. Organisatorische Maßnahmen sind hingegen deutlich seltener umfassend umgesetzt.

In Haushalten, die bereits ein Hochwasser erlebt haben, werden organisatorische Maßnahmen eher umgesetzt als in jenen ohne Hochwassererfahrung. Die Umsetzung der anderen Maßnahmen ist unabhängig von der Wohndauer, dem Einkommen und der Risikozone.

Private Schutzmaßnahmen



n=88

Bauliche Maßnahmen: z.B. Drainage, wasserdichte Fenster und Türen, wasserbeständiges Mauerwerk, Abwasser-Rückstausicherung, ...

Organisatorische Maßnahmen: z.B. Notfallplan, Vorbereiten von Sandsäcken oder Dammbalken, keine wertvollen Gegenstände in Keller und Erdgeschoß, ...

Engagement der Nachbarschaft: z.B. Abstimmung der Nachbarschaft, gemeinsame Begehungen und Übungen, Mitarbeit in Bürger/-inneninitiativen, ...

Aktiver Einsatz für Interessen bei den Behörden: z.B. Gefahrensituationen melden, schriftliche Anfragen bei verschiedenen Behörden, persönliches Vorsprechen, ...

Suche nach Informationen: z.B. Medienberichte, Informationsbroschüren, Gespräche mit Expert/-innen, ...